

Politik und Kreativität

VON BEATE WEBER

Einleitung

Politik und Kreativität – Kreativität und Politik – Begriffspaare, die auf Anhieb zugleich sinnvoll und unpassend erscheinen. Anspruch und Wirklichkeit sind es, die diese Ambivalenz verursachen – und ein diffuser Begriff dessen, was sich hinter den beiden Begriffen verbirgt.

Natürlich sollte Politik kreativ sein oder sollte man in der Politik kreativ sein können. Wer will schon unkreative PolitikerInnen? Die Menschen sollten sich kreativ in die Politik einbringen können und letztlich soll Politik



Abb. 1. Heidelberg – Stadt der Zukunft [1]

auch Kreativität ermöglichen. Aber kann man selbstverständlich davon ausgehen, dass Menschen ihre Kreativität der Politik zur Verfügung stellen – dass kreative Menschen in die Politik gehen? Gibt es nicht unendlich viele Gegenbeispiele?

Anspruch – oder Wirklichkeit? Leider setzt der Alltag allzu oft Grenzen – Grenzen durch Gesetze, durch Mehrheitsverhältnisse, durch die Notwendigkeit von Kompromissen und Koalitionen, durch das beharrende „es war schon immer so“.

Trotzdem ist die Chance da, Neues zu erfinden, Bekanntes in einen neuen Zusammenhang zu stellen oder von hergebrachten Denk- und Verhaltensschemata abzuweichen. Dann öffnen sich fest geschlossene Vorhänge, der Blick geht weiter, vermeintlich starre Strukturen und Fronten lösen sich, es kommt zu ungeahnten Veränderungen.

Ausgangssituation in Heidelberg

Auf Grund ihrer Nähe zu den Menschen sind Kommunen diejenige staatliche Ebene, die in direktem Kontakt Vermittlungsarbeit zwischen Staat, Politik und Gesellschaft leisten kann. Ihre Stärke und Schwäche ist es, bei vielen Themen am Endpunkt einer langen Entscheidungskette zu stehen, so dass ihnen die Aufgabe übertragen ist, Politik um- und durchzusetzen, kreativ oder un kreativ.

Die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen haben in Baden-Württemberg eine starke Stellung. Die Legitimation aus der Direktwahl, die lange Amtszeit



Abb. 2. Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg [2]

von acht Jahren und die Doppelfunktion als Vorsitzende/r des Gemeinderates und Leiter/in der Verwaltung bieten einen Gestaltungsspielraum wie nur wenige andere politische Ämter. Bei einer Wiederwahl verlängert sich die Amtszeit auf eine Zeitspanne, die wirklich Raum bietet für langfristig angelegte Veränderungen, die die Kreativität aller Beteiligten und behutsam gestaltete Prozesse voraussetzen.

Seit nahezu zehn Jahren arbeitet Heidelberg an einer Neuausrichtung der Verwaltung nach innen und nach außen. Ihr liegt der Gedanke der „Zivilgesellschaft“ zu Grunde. Angebote zur Mitsprache, Mitentscheidung, die Einbeziehung des Sachverständs der Menschen in die Planungsarbeit einer Behörde zählen für mich zu den Instrumenten, die die Entwicklung einer zukunftstauglichen und solidarischen Stadtgesellschaft ermöglichen.

Werden Bürgerinnen und Bürger aber auch die Beschäftigten in der Verwaltung frühzeitig und umfassend informiert und einbezogen, verringern sich Reibungsverluste, werden Phantasie, Kreativität und Toleranz geweckt und die Wirksamkeit und Akzeptanz von Politik deutlich erhöht. Von der Abwasserreinigung zur Alterspolitik, vom Gartenbau zum Hochwasserschutz, von der Arbeit mit Kindern zur Kulturpolitik, vom neuen Haushalt bis zu den E(Energie)-Teams in Schulen u.v.m. – überall zeigen sich in Heidelberg die Erfolge offener Denk- und Diskussionsprozesse.

Leider erscheint es auf den ersten Blick oft einfacher, den eigenen Willen und die eigene Vorstellung durchzusetzen als ein demokratisches und offenes Verfahren zu wählen. Zur Veranschaulichung, warum ein früher Dialog sinnvoll und notwendig ist, benutze ich gerne das Bild von den Trampelpfaden in öffentlichen Parks: Ein Trampelpfad zeigt an, dass die Interessen derer, die den Park auf ihren täglichen Wegen durchqueren, nicht bei der Planung einbezogen worden waren. Die Folgen solcher Versäumnisse sind nicht nur finanzieller Art, sondern sie äußern sich in Unzufriedenheit, Frustration und Resignation. „Die Verwaltung“ ist beleidigt, weil der schöne Weg nicht benutzt und der gepflegte Rasen zertreten wird, die NutzerInnen auch, weil man „ihren“ Weg nicht gebaut hat. Dies muss nicht sein.

Zukunftstaugliche Politik zeichnet sich eben dadurch aus, dass möglichst viele Menschen möglichst frühzeitig einbezogen, ihre Bedürfnisse und Ideen zur Lösung von Problemen erkennbar, diese gegen die der anderen abgewogen und so Entscheidungen transparent werden. Die traditionellen Formen der Politikgestaltung funktionieren nicht mehr, und alte Lösungen sind unzureichend geworden. Einsame Entscheidungen auf Grund von Herrschaftswissen wecken Misstrauen.

Dringend notwendig ist der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, innerhalb der Verwaltung, zwischen den Fraktionen und den Institutionen, will man schwierige und komplexe Entscheidungen in einer Stadt wie Heidelberg treffen.

Die vergangenen zehn Jahre wurden hier dazu genutzt, eine Vielzahl neuer Formen der kreativen Mitsprache bei der Planung der Infrastruktur und der städtischen Angebote zuzulassen. Dazu war es nötig, Gordische Knoten aufzulösen und auch einmal das Chaos zuzulassen, d.h. zu akzeptieren, dass sich vorübergehend unvorhersehbare, unsteuerbare Situationen einstellten. Vertrauen auf die Selbstordnungskräfte innerhalb sozialer Systeme war gefragt.

Mit der scheinbar schlichten Frage des „Warum nicht . . .?“ wurden hergebrachte Denk- und Verhaltensschemata in Frage gestellt, Bekanntes in andere Zusammenhänge gestellt und Neues ausprobiert.

Kreative Politik in Heidelberg zulassen

So ist es gelungen, Räume und Strukturen zu schaffen, die bei den unterschiedlichsten Themen zu neuen Kooperationen und Koalitionen geführt haben:

- Stärkung der Bezirksbeiräte als politische Gremien in den Stadtteilen,
- Verkehrsforum zur Vorbereitung des Heidelberger Verkehrsentwicklungsplanes
- öffentliche Anhörungen für das Tourismusleitbild Heidelberg
- BürgerInnenbeteiligung bei der Entwicklung von Stadtteilrahmenplänen
- Zukunftswerkstätten für Frauen in den Stadtteilen
- Beirat zur Vorbereitung des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010
- Wahl eines Jugendrates
- Einstellung eines Bürgerbeauftragten als Mittler zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger
- Einrichtung eines Agenda-Büros zur Koordination von Aktivitäten im Bereich der Lokalen Agenda
- One-Stop-Agency als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Wirtschaft,
- Bürgerämter in den Stadtteilen
- verschiedene interdisziplinäre Arbeitsgruppen zu den wichtigsten kommunalpolitischen Themen (Lokale Agenda, Kriminalprävention, Kultur, Soziales, Gesundheit, Kinder, Jugend).

Beispielhaft wird im Folgenden auf drei dieser bis dahin ungewohnten Angebote eingegangen.

Verkehrsforum

Wie in anderen deutschen Großstädte ist auch in Heidelberg Verkehrspolitik heiß umstritten. Die Ausgangslage ist bekannt: Die Zahl der zugelassenen KFZ stieg in Heidelberg in den letzten 25 Jahren um 95 %, während die Einwohnerzahl (+ 2 %) fast stabil und das Straßennetz nahezu unverändert

blieb, bundesweit nahm der „motorisierte Individualverkehr“ (MIV) in den letzten fünf Jahren um 9 % zu (Statistisches Bundesamt 2000).

Die hohe PKW-Dichte von 530 auf 1000 Einwohner in Heidelberg trifft mit einer sehr hohen Zahl von Ein- und Auspendlern und viel Durchgangsverkehr zusammen. Die beengte Lage im Neckartal macht einfache Lösungen unmöglich. Als ich im Dezember 1990 mein Amt antrat, war klar: Diese Stadt brauchte eine möglichst rasche Lösung der strittigen und drängenden Verkehrsprobleme.

Zu der Zeit waren Verkehrsfragen in Heidelberg wie ein Gordischer Knoten, teilweise wurde nur noch über Medien und nicht mehr direkt und konstruktiv über dieses wichtige Thema diskutiert, deshalb haben wir den Weg in die unmittelbare Beschlussfassung durch die gemeinderätlichen Gremien nicht gewählt, denn wir wollten den Knoten auflösen, nicht zerschlagen.

Falsche oder richtige Entscheidungen betreffen alle Bürgerinnen und Bürger, sie gehen zu ihren Lasten oder bringen ihnen Verbesserungen. Deshalb sollten bei der Suche nach einem zukunftstauglichen Verkehrskonzept für unsere Stadt das Wissen, die Meinungsvielfalt, die Wünsche und die Kreativität der Bürgerinnen und Bürger und der Experten genutzt werden.

In einer Bürgerversammlung Anfang 1991 wurden alle interessierten Gruppen und Organisationen eingeladen, sich intensiv an der Erarbeitung eines neuen Verkehrskonzeptes und Verkehrsleitbildes für Heidelberg zu beteiligen. Unsere Erwartungen an die Resonanz wurden bei weitem übertroffen: Mehr als 120 Gruppen und Organisationen folgten diesem Aufruf und arbeiteten dann in 34 Sitzungen über zwei Jahre hinweg regelmäßig im Verkehrsforum zusammen. Sie stellten ihr Wissen und ihre Kreativität in den Dienst der Allgemeinheit. Die Rolle der Verwaltung war in diesem Kreis auf organisatorische Hilfe beschränkt.

Im Verkehrsforum wurden zunächst die Kenntnisse über die spezifischen Verkehrsprobleme der Stadt Heidelberg und Lösungsmodelle anderer Städte verbreitert. Ein Gutachter stellte seine ersten Rechenergebnisse und Prognosen vor. Es war auch erforderlich, die Umgangsformen miteinander intensiv zu diskutieren und sich auf Regeln zu verständigen. Da nach dem Konsensmodell und nicht mit Mehrheitsentscheidungen gearbeitet wurde, war die „zufällige“ Zusammensetzung und die Frage, ob sie repräsentativ für die Bevölkerung sei, unerheblich. Durch die neutrale, fachkundige Mediation ist es gelungen, gegensätzliche Auffassungen und Zielkonflikte in fast allen Fragen anzunähern und Interessengegensätze offenzulegen.

Die Gruppe, obwohl sehr heterogen zusammen gesetzt, konnte sich auf gemeinsame Szenarien verständigen, die vom Gemeinderat als Planfälle akzeptiert wurden.

Das Verkehrsforum war – auch nach Meinung der Teilnehmer – ein voller Erfolg. Eine Umfrage unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigte,



Abb. 3. Kreative Potenziale nutzen – durch neue Formen der Bürgerbeteiligung im Verkehrsbereich [3]

dass über 55 % mit der Arbeit des Verkehrsforums „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ waren. Nur 7 % waren „unzufrieden“. Es wurde von fast allen als persönlicher Gewinn beschrieben, gelernt zu haben, die Meinung des anderen zu respektieren und mehr Verständnis für die Interessenlagen anderer gewonnen zu haben.

Durch die breite, konsensorientierte Bürgermitwirkung im Verkehrsforum wurden viele Streitfragen und alte Entscheidungsblockaden schon so weit vorgeklärt, dass die Mitglieder des Gemeinderates in der Lage waren, bereits 1994 einen zukunftsfähigen neuen Verkehrsentwicklungsplan für Heidelberg zu verabschieden.

Dieses Heidelberger Verkehrsforum stieß bundesweit als Vorbild für neue Kommunikationsangebote innerhalb der Kommunalpolitik auf großes Interesse. Viele Städte und Gemeinden wiederholten diesen Weg des kreativen Dialogs.

Der Prozess war allerdings leider nicht so erfolgreich, dass er über die Jahre hinweg den unaufgeregten Dialog über Verkehrsfragen erleichtert hätte. Die Schwarz-Weiß-Auseinandersetzung ist so viel leichter und enthebt einen der Verantwortung den Interessenausgleich mühsam im Detail zu suchen. Allein die Tatsache, dass frühere „Feinde“ am Schluss der Arbeiten des Verkehrsforums friedlich miteinander diskutierten (sogar lachten!) entzog manchen den Boden gewohnter, einfacher politischer Auseinandersetzung, in etwa dem Fall der Mauer in der „großen Politik“ vergleichbar.

Viele kreative Lösungen, die im Laufe der Arbeit gefunden wurden, wurden hinterher als unerwünschte Kompromisse niedergemacht, das erfolgreiche Konsensmodell, das nur die wenigen ganz heiß umstrittenen Themen der Ja-Nein-Entscheidung im Gemeinderat überließ, wurde in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht.

Trotzdem, im Kleinen ist das Verfahren sehr wohl akzeptiert worden, denn in einigen Stadtteilen setzt man sich heute, ohne aktives Zutun der Stadt, in ähnlicher Form zusammen, um einen Ausgleich scheinbar unveröhnlicher Interessen zu finden.

Lenkungsgruppe Kommunale Kriminalitätsprävention

Sicherheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität, zunehmend wird sie auch zu einem wichtigen Standortfaktor für die Wirtschaft. Schutz vor Kriminalität gehört zu den wichtigen Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Die Veränderungen in den Erscheinungsformen von Kriminalität, insbesondere beunruhigende Verlagerungen innerhalb der Bereiche Jugendkriminalität, Gewalt- und Rauschgiftdelikte, aber auch der durch Medien vermittelte Eindruck vermeintlich ständiger Bedrohung, der mit der Realität nicht übereinstimmt, machen staatliches Handeln und ein gesellschaftliches Umdenken nötig.

Kriminalität beruht bis auf wenige Ausnahmen auf gesellschaftlichen Faktoren. Verhütung oder Verminderung von Kriminalität kann demzufolge auch durch die positive Veränderung der Rahmenbedingungen erfolgen.



Abb. 4. „Basket-Nite 4U“ – Element der Kriminalprävention bei Jugendlichen [4]

Wer sich mit der Gemeinschaft identifiziert und sich als Teil von ihr erkennt, aber auch von ihr anerkannt wird, so die Schlussfolgerung, wird weniger Straftaten gegen die Gemeinschaft begehen.

Maßnahmen der Kriminalitätsverhütung sind dann besonders wirksam, wenn sie breit angelegt und auf kommunaler Ebene von vielen gesellschaftlichen Kräften getragen werden.

Kommunale Kriminalprävention (KKP) greift diesen Gedanken auf und setzt dort an, wo Kriminalität entsteht und erlebt wird – in den Städten und Gemeinden. Sie versucht örtliche Kriminalitätsursachen und -schwerpunkte zu erkennen und durch zielgerichtete Maßnahmen zu reduzieren. Vorhandene Ängste sollen abgebaut und das Sicherheitsgefühl gestärkt werden.

Repressive Maßnahmen, mögen sie noch so gravierend und einschneidend sein – bis hin zur Todesstrafe –, können Kriminalität nicht verhindern, das belegen alle Erfahrungen vor allem aus den USA. Darüber hinaus werden nur die Symptome gesellschaftlicher Defizite angegangen und nicht die Ursachen beseitigt: Eine Verringerung der Kriminalität kann nur auf lokaler Ebene, wo die Ursachen sozialer Defizite und delinquenten Verhaltens liegen, unter Einbeziehung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger und Institutionen erfolgen. Dafür haben wir in Heidelberg ein dichtes Netz geknüpft, das aus ganz unterschiedlichen Aktivitäten bunt verknüpft ist:

Wir, der neu gegründete Verein Sicherheit, bieten Puppenspiele in den Grundschulen an, damit Kinder lernen, wie man ohne Gewalt Konflikte löst.

Die städtische Sozialarbeit wird schon in den Schulen aktiv, um entstehende Schwierigkeiten möglichst früh zu erkennen und schnell reagieren zu können – zusammen mit der Schule, Lehrkräften und Eltern.

Wir bieten Jugendlichen Veranstaltungen an, die sie fordern, wie die Basket-Nite mit Basketball, Tanz und Musik, bei der sie für wenig Geld eine ganze Nacht mit Gleichgesinnten verbringen können. Und: Die Polizei ist mit jungen Teams, die selbst Basketball spielen, mit dabei, so dass das Gesetz und die Jugendlichen zu Partnern werden.

Gleichzeitig bringt das Zusammensein von Jugendlichen aus vielen Ländern und dazu ein Sonderteam der US-Army zum „Midnight-Special“-Spiel viele Möglichkeiten zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit – auch ein beabsichtigter Effekt dieser Idee der Stadt. Der „Tunnelkult“ bringt Tausende Jugendliche zusammen – ohne Aggression.

Unser Amt für Stadtentwicklung und Statistik hat mit der Polizei zusammen Tatorte genauer betrachtet und daraus einen computergestützten Kriminalitätsatlas erarbeitet, der ziemlich einzigartig ist und eine Fülle von Aktivitäten ermöglicht.

Bei Standorten mit vielen Autoaufbrüchen wurde z.B. die „Nachfrage- und Angebotssituation“ genauer angesehen. Bei einem Schulhof im Berufsschulzentrum waren die „aufgemotzten“ PKWs mit Stereoanlage und ande-

rem ständige Quellen der Begierde. Gespräche mit Schulleitern, Schülern, Polizei und Hausmeistern in Verbindung mit besserer Beleuchtung haben schnell zu einem Rückgang der Aufbrüche geführt.

Ein Flugblatt, gemeinsam erarbeitet von Polizei, Stadt und Einzelhandelsverband, mit dem schönen Titel „Diebe nehmen sich so manches heraus“ hat in der Vorweihnachtszeit Aufmerksamkeit geweckt und viele Taschendiebstähle verhindern können.

Eine ausführliche Befragung von Frauen hat uns Informationen gegeben, wo Frauen (und damit auch viele andere Gruppen der Bevölkerung!) Angst haben, welche Orte und Wege sie meiden. Der Bericht „Angsträume in Heidelberg. Das Sicherheitsempfinden von Frauen in ihrer Stadt“ machte es uns, der Stadt, der Polizei und vielen Partnern bis zur Deutschen Bahn möglich, gezielt zu helfen, Büsche zu schneiden, Licht an dunkle Stellen zu bringen u.v.m. Schließlich gibt das besondere Projekt „SOS-Handy“ zusätzliche Unterstützung bei unvermeidbaren schwierigen Wegen.

Ein Blick in die Kriminalstatistik der Polizeidirektion Heidelberg für das Jahr 1996 zeigt: Unsere Stadt war nie ein Brennpunkt von Kriminalität im Land. Mit insgesamt 10 236 Straftaten auf 100 000 Einwohner nahm Heidelberg im Jahr 1996 in Baden-Württemberg unter den Großstädten Platz 3 – hinter Mannheim und Freiburg ein. Inzwischen sind schon Erfolge unserer bisherigen Bemühungen erkennbar. In den Jahren 1998 und 1999 gab es drastische Verminderungen der bekannt gewordenen Straftaten. Im Vergleich zu den anderen acht Großstädten Baden-Württembergs bedeutet dies, dass Heidelberg 1999 nur noch auf dem sechsten Platz zu finden war.

Heidelberger Frühling und Festspielgesellschaft – Kultur in und für Heidelberg

Die Stadt Heidelberg verfügt über eine große kulturelle Tradition. Nicht nur die romantische Atmosphäre, die sich zwischen dem Heiligenberg und dem Königsstuhl verbreitet und jährlich Besucherströme aus der ganzen Welt anzieht, sondern vor allem auch Veranstaltungen und Festivals im Bereich Literatur, Tanz, Musik, Film und Theater prägen Heidelbergs kulturelle Landschaft.

Diese optimalen Rahmenbedingungen haben 1996 dazu geführt, dass aus dem Heidelberger Frühling der 800-Jahr-Feier die Idee eines Festivals in und für Heidelberg geboren wurde – natürlich vor allem auch mit den großen, beständig unterstützten Institutionen wie Theater, Orchester, Museen, Bücherei u.v.m.

Unsere Überlegung war, alle in Heidelberg aktiven kleinen und großen Kulturträger und Kulturträgerinnen unter einer „großen Idee“ zusammenzubringen, sie ihre über lange Jahre im Kampf um Haushaltsmittel aufge-



Abb. 5. Kreativität für Heidelberg gemeinsam eingesetzt – im Heidelberger Frühling [5]

baute Konkurrenz vergessen zu lassen und sie und andere das gemeinsame große kreative Potenzial in Heidelberg auch einmal erleben zu lassen.

Das Brahmsfest, als erstes Kind, war überaus erfolgreich und hat inzwischen jedes Jahr weitere Geschwister wachsen lassen. Heute ist es selbstverständlich, dass man einmal im Jahr zusammen arbeitet, und wunderschöne vielfältige Produktionen sind die Folge. Inzwischen gibt es eine eigenständige Festivalorganisation, besondere Werbung und zunehmenden Zuspruch aus Heidelberg, der Region und darüber hinaus.

Der Synergieeffekt kommt allen, vor allem natürlich der Stadt zugute, die dadurch in Verbindung mit der traditionellen Kulturpolitik einen ganz eigenständigen, neuen Ruf aufbaut.

In Zusammenarbeit mit den entsprechenden Partnern in der Stadt, wie dem Verkehrsverein, dem Amt für Öffentlichkeitsarbeit und der Heidelberger Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft, wird ein wunderbarer Beitrag zum „Bild der Stadt“ geleistet.

Ausblick

Auf dem Weg zu einer Stadt, die sich nachhaltig verändert, die ihre Bevölkerung als Quelle und Motor der Veränderung betrachtet, die eine „zivile Gesellschaft“ braucht, um die Demokratie auch für die Zukunft zu sichern, sind diese Beispiele sicher nur kleine Steine, trotzdem bilden sie mit den vielen anderen, nicht beschriebenen Aktivitäten schon einen guten Boden.

Angewiesen sind wir alle darauf, dass Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten in der Stadtverwaltung gemeinsam all ihre Kraft, die berufliche

und private Lebenserfahrung und ihre Kreativität in solche Veränderungsprozesse einbringen.

Nur dann wird gesichert, dass „die Stadt“ (= der Staat) Partner bzw. Partnerin ist, moderiert – nicht diktiert, vollzieht – nicht vollstreckt, Macht teilt – nicht ausübt.

In der Charta von Aalborg, die von vielen Städten unterzeichnet wurde, heißt es: „Wir sind zuversichtlich, dass wir über die Kraft, das Wissen und das kreative Potenzial verfügen, um eine zukunftsbeständige Lebensweise zu entwickeln und unsere Städte auf das Ziel der Zukunftsbeständigkeit hin zu gestalten.“ Deswegen haben auch wir diese Charta unterschrieben.

Abbildungsnachweis

- [1] Foto: Lossen, 1999
- [2] Foto: privat, 1998
- [3] Foto: Fiedler, 1997
- [4] Foto: Polizeidirektion Heidelberg, 2000
- [5] Foto: Brümmer, 1998

